

Diskussion zum Referat von Jochen am 24. Juni 2013 über Demokratie Mehrheit und Elite

Protokoll Jochen

Einer der Hauptthesen des Referats, dass bei einer tiefen Krise (Not, Chaos) die Bevölkerung sich von der Demokratie abwendet und lieber einer starken Führerfigur folgt (die Patentrezepte, Feindbilder und Sündenböcke anbietet) wird mit dem Hinweis auf England im Zweiten Weltkrieg widersprochen. Dort sei die Bevölkerung unter dem Eindruck der großen Gefahr, von Hitlerdeutschland besiegt und besetzt zu werden, zusammengedrückt und habe in Gemeinschaftsaktionen Bunker gebaut und andere sinnvolle Abwehrmaßnahmen ergriffen, um ihre Demokratie zu verteidigen. Gegen dieses Argument wird eingewendet, dass es in dem genannten Fall wohl weniger um Treue zur Demokratie ging als um das Nationalgefühl der Engländer, die ihr Land gegen einen äußeren, als unmenschlich gefürchteten Feind verteidigen wollten.

Eine längere Diskussion drehte sich um die Frage, ob unsere Demokratie es wert ist, verteidigt zu werden. Sehr viele Menschen bezweifeln, dass sie mit ihrem Wahlkreuz Einfluss auf die Politik nehmen können. Für diese Menschen seien die Parteien nicht voneinander unterscheidbar. „Egal, wen ich wähle, die Politik kümmert sich nicht um die wirklichen Probleme der Menschen.“ Der Wähler erkenne seinen Willen, den er bei der Wahl artikuliert hat, nicht mehr in dem, was die Parteien tun, wenn sie an der Regierung sind.

Dem wird entgegnet, dass es unmöglich sei, die Wünsche und Meinungen von Millionen Wählern in den Parteien widerzuspiegeln. Bei genauerem Hinsehen seien durchaus erhebliche Unterschiede zwischen den Parteien erkennbar, was jedoch eine detailliertere Auseinandersetzung mit den Parteien voraussetze. Jede Partei stehe nur für eine bestimmte gesellschaftspolitische Grundhaltung, für einen „Stil“, ein charakteristisches Profil. Dieses Profil sei allerdings in Einzelfragen oft kaum erkennbar, weil die in Wahlkämpfen sehr allgemein gehaltenen Slogans inhaltsleer sind. Im übrigen entstünde oft fälschlich der Eindruck von „Wahllügen“, wenn im Rahmen von Koalitionen Kompromisse gemacht werden müssen.

Die Schweiz mit ihrer direkten Demokratie wird als vorbildlich empfunden. Hier habe der einzelne Bürger noch das Gefühl, dass er Einfluss auf die Politik nehmen kann. Dabei kann es durchaus auch zu Ergebnissen kommen, die aus der Sicht der Menschenrechte fragwürdig sind (z.B. das fremdenfeindliche Abstimmungsergebnis gegen Moscheen). Die Schweizer Bevölkerung zeige mehr Interesse an Politik als Bevölkerungen, die sich bei Wahlen nur zwischen Parteien entscheiden können.

Thematisiert wird die Abhängigkeit des demokratischen Staates von der Wirtschaft. Dass die Souveränität nicht mehr bei den Bürgern liegt, zeige zum Beispiel die Tatsache, dass die Regierung in der Finanz- und Eurokrise vor allem auf den „Willen“ der Finanzmärkte achte – sich also den Superreichen unterwerfe, von deren Geld und Investitionsneigung sie abhängig sei (Stichworte: Höhe der Zinsen für Staatsanleihen sind abhängig von der Bonität einzelner Staaten, Angst vor Kreditklemme als Folge der Insolvenz „systemrelevanter“ Banken, Auswirkungen der Finanzmarktregulierung auf die globale Konkurrenz der Finanzplätze).

Dieser Aussage wurde nicht widersprochen, sie wurde jedoch mit dem Hinweis abgeschwächt, dass es etliche Politikfelder gebe (wie Bildung, Gesundheit, Familie, Umwelt...), in denen ein solch geballter Einfluss der Wirtschaft nicht festzustellen sei, wo also die Politiker im Interesse ihrer (demokratisch delegierten) Macht darauf achten müssen, welche ihrer Entscheidungen sich auf die Stimmabgabe der Wähler wie auswirken wird.

Eine Diskussion entspann sich auch um den Begriff der Elite, anknüpfend an den Intellektuellen-Begriff im Referat.

Empirisch sei belegt, dass es eine intellektuelle Elite im Bundestag nicht gebe. Auch außerhalb des Bundestages spielten die Stimmen von herausragenden Persönlichkeiten (wie z.B. die von Jürgen Habermas) in der praktischen Politik keine nachweisbare Rolle.

In diesem Zusammenhang wurde darauf verwiesen, dass im Konzept der „kulturellen Hegemonie“ der Intellektuellen-Begriff anders als üblich verwendet wird: Die „organischen Intellektuellen“ (Gramsci), die in einer Demokratie diese Hegemonie ausüben, sind nicht herausragende Persönlichkeiten, sondern alle Menschen, die sich ihres Verstandes (Urteilsvermögens) verantwortungsbewusst bedienen und dafür Institutionen und Organisationen nutzen. Sie artikulieren durch die Sprache der Kultur die Gefühle und Erfahrungen, die die breite Masse nicht selber vermitteln kann.

Nach dem Konzept der kulturellen Hegemonie steht die Elite (in Gestalt der Intellektuellen) der breiten Masse nicht „gegenüber“ (als abgehobene Schicht im Sinne eines Lehrer-Schüler-Verhältnisses), sondern sie durchdringt die Masse: es sind die in die Bevölkerung integrierten „denkenden“ Menschen, die die Meinungsbildung prägend (mit-) gestalten.

Betont wurde, dass die Ratio nicht ausreiche, wenn Intellektuelle in der Demokratie den „Willen des Volkes“ artikulieren wollen, sondern dazu gehöre auch die emotionale, kreative (vielleicht auch die spirituelle) Intelligenz.

Auf die heutige Demokratie bezogen wurde bemängelt, dass der politischen Elite das abgehe, was früher von den Eliten verlangt worden sei: die Fürsorgepflicht. Das Vertrauen der Bevölkerung in diese Elite sei angesichts des Auseinanderklaffens von Arm und Reich verloren gegangen. Die Bevölkerung fühle sich von „der politischen Klasse“ im Stich gelassen. „Oben in der Pyramide sitzen die falschen Leute“: Menschen mit Macht und Geld, nicht Leute, die sich für das Wohl der Allgemeinheit verantwortlich fühlen.

Grundsätzlich kann gelten: welche Entscheidung im Hinblick auf die Lösung eines konkreten gesellschaftlich-politischen Problems richtig (angemessen, zum Ziel führend) oder falsch (unangemessen, nicht zweckmäßig, mit ungewollten Nebeneffekten) ist, kann von einer Mehrheit nicht besser beurteilt werden als von einer Minderheit. Nicht die Zahl der Urteilenden, sondern deren Kompetenz ist ausschlaggebend dafür, wie wahrscheinlich die getroffene Entscheidung richtig ist.

Wie soll Politik mit der riesigen Komplexität in der Gesellschaft umgehen? Jeder Politiker wird überhäuft von Informationen, die er nicht in sich aufnehmen geschweige denn überprüfen kann. Welcher Politiker blickt noch durch? Es kam die unverzichtbare Rolle von Politikberatern (Experten) zur Sprache. Der Politiker (Experte für das politisch Machbare) müsse sich entscheiden, welchen Beratern er in Fachfragen vertrauen kann und will. Politiker bedienen sich vorzugsweise „anerkannter Experten“: von ihren Fachkollegen anerkannt, meist der aktuell geltenden wissenschaftlichen Hauptströmung zugehörig. Dass sich auch die „anerkannten“ Experten untereinander gerade bei komplexen sozialwissenschaftlichen (speziell volkswirtschaftlichen) Fragestellungen widersprechen, mache die Sache nicht einfacher. Die Bundesregierung lässt sich z.B. von sog. „Wirtschaftsweisen“, beraten (Sachverständigenrat führender Wirtschaftsinstitute).

Sind unsere Politiker „wirtschaftshörig“? Und wenn sie es sind: vertreten sie damit das Interesse der Mehrheit? Im Referat wird behauptet: der absolute Vorrang der Wirtschaft sei nur in Zeiten einer Megakrise angesagt, weil nur so die dann bedrohte Demokratie zu retten sei. In diesen Zeiten lägen die „primären“ Interessen der großen Mehrheit in der Abwehr von wirtschaftlicher Not und von Gewalt beherrschtem Chaos.

Das sei anders in Zeiten einer „Schön-Wetter-Demokratie“. In solchen Zeiten gehe es nur um „sekundäre“ Interessen der Bevölkerung (Bildung, Gesundheit, Familie, Umwelt...), nicht um Existenzfragen, die die Mehrheit umtreiben. Wenn sich die Menschen (wie bei uns aktuell

hier in Deutschland) „nur“ um ihre alltäglichen und auch zukunftsrelevanten Sorgen und Interessen kümmern, dann verliert die Wirtschaft ihre herausragende Bedeutung für die Rettung der Demokratie. Dann können wirtschaftliche Belange des Gemeinwesens abgewogen werden gegen ebenso wichtige Belange der sozialen Gerechtigkeit und der ökologischen Nachhaltigkeit.

In ruhigen Zeiten wie heute bei uns können z.B. offene Debatten geführt werden, was die Regierung zu tun hat, um die übermächtigen Finanzmärkte zu zähmen, wie die soziale Komponente der Marktwirtschaft gestärkt werden kann und wie es möglich ist zu verhindern, dass dem „Krieg gegen den Terror“ Grundrechte (Schutz vor totaler Ausspähung) geopfert werden. Nach der Diskussion dieser und anderer Fragen spiegelt sich dann im Ergebnis der politischen Auseinandersetzung grob die Meinung der Mehrheit wider (also darin, welchen Parteien wie viele Stimmen gegeben werden).

Ob die übergroße Bedeutung des Wohlstands (der Wunsch, ihn zu mehren und die Angst, kleine Abstriche davon erleiden zu müssen) die Politik auch in wirtschaftlichen Schön-Wetter-Zeiten beherrscht oder auch soziale und ökologische Belange ihr angemessenes Gewicht erhalten – das entscheidet sich in einer Demokratie in den Köpfen der Bürger/innen. Und um diese Köpfe geht der Kampf von Attac und anderen „organischen Intellektuellen“ (Gramsci) mit dem Ziel, die kulturelle Hegemonie zu erlangen, um eine „andere Welt“ zu schaffen: eine die Menschenrechten achtende gerechte Gesellschaft bei uns und anderswo.